



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Wahlen.



Das Ergebnis der Wahlen liegt jetzt abgeschlossen vor. Dasselbe ist wichtiger für die bestehenden Parteien als für die Regierung. Letztere wird in ihrer Überzeugung bestärkt, daß die Verfolgung der sozialpolitischen Ziele in der Mehrzahl der im Reiche vorhandenen Wähler Unterstützung und Förderung findet. Eine weitere Folge der Wahlen für die Regierung ist Gott sei Dank im deutschen Reiche undenkbar; erfreuten wir uns der parlamentarischen Mehrheits Herrschaft, wie sie als vornehmstes Ziel dem fortschrittlichen Liberalismus vorschwebt, so könnte sich jetzt Herr Windthorst mit Kleist-Regow oder mit Eugen Richter über die Bildung eines klerikal-konservativen oder klerikal-fortschrittlichen Ministeriums verständigen. Wir würden es erleben, daß bald einmal die Konservativen dem Zentrum Heeresfolge versagten, dann würde die Parlamentsmehrheit aus Zentrum, Fortschritt, Welsen, Dänen, Polen und sonstigen haßschürenden Elementen bestehen. Welches Heil für Deutschland aus dergleichen Koalitionen entspringen würde, mag hier nur angedeutet werden. Es bedarf weder eines großen Nachdenkens noch einer reichen Phantasie, um sich als weitere Folgen die Restituierung des Herzogs von Cumberland und der päpstlichen Herrschaft, die Störung des innern und äußern Friedens vor das Gemüt zu führen. Wir können uns bei unserm Kaiser und dessen großem Staatsmanne bedanken, daß der krasse liberale Doktrinarismus seine Triumphe mit der Zerstörung der Wohlfahrt des Volkes nicht erkaufen kann.

Die Wirkung des Wahlergebnisses für die Parteien ist ungleich wichtiger; am wichtigsten freilich für den fortschrittlichen Liberalismus. Unererschüttert aus dem Wahlkampfe ist das Zentrum hervorgegangen; jeder Hebel, seine Macht zu brechen, hat sich bisher erfolglos bewiesen und wird es wahrscheinlich noch für sehr lange Zeit sein. Solange das Schwergewicht des Katholizismus jenseits der Alpen liegt und für einen deutschen Wähler lediglich das bestimmend ist, was hierarchische Vaterlandslosigkeit mit Hilfe und unter Mißbrauch der kirchlichen Heilmittel befiehlt — solange wird die Macht des Zentrums ungebrochen bleiben. Nicht der Kulturkampf an sich hat diese Macht verschuldet, sondern nur der nicht zu Ende geführte Kampf. Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche mußte aufgegeben werden, als die liberale Partei begann, die wirtschaftlichen Pläne der Regierung zu durchkreuzen und das Parteinteresse höher schätzte als die Bedürfnisse von Volk und Staat.

Die Vorteile, welche die übrigen Parteien aus dem Wahlkampfe davongetragen haben, sind an sich nicht erheblich; keine derselben hat darnach eine bedingungslose Mehrheit im Reichstage zu erwarten. Diese Vorteile erhalten aber ihre große Bedeutung durch die Niederlage der fortschrittlich-sezessionistischen Fusion. Selten hat eine Wählerschaft ein vernichtenderes Urteil über eine Partei ausgesprochen. Die mit großem Pomp und mit vieler Phrase in Szene gesetzte Gründung einer großen liberalen Partei hat einen Krach erlebt, wie wir ähnliches nur noch in dem Zusammenbrechen der Aktiengründungen in den Jahren 1873—74 erlebt haben. Die fortschrittliche Hochburg der Partei in Berlin liegt in Trümmern; die rücksichtslose Tyrannei, mit welcher hier der Fortschritt seit seiner ersten Epoche jedes gemäßigtere Element zu Boden geschlagen hat, ist in den diesjährigen Wahlen zu dem längst verdienten Lohne gelangt. Und diesen Trümmern entspricht das ungeheure Leichenfeld im ganzen Reiche; ein fortschrittlicher Patroklus neben den andern sezessionistischen Helden — nur Theristes-Richter blieb zurück. In Ländern, in denen die Regierung nach der jeweiligen Parlamentsmehrheit gebildet wird, ist die Niederlage einer Partei — es wird immer die herrschende sein — nicht schwerwiegend. Es liegt in einer solchen Niederlage oft nichts andres als der Wunsch, einmal neue Gesichter auf den Ministerbänken zu sehen, einmal selbst wieder die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen und für sich und die Freunde zu sorgen. In England, Frankreich, Italien und Nordamerika pflegt nach mehr oder minder kurzen Zwischenräumen der Wechsel in der Herrschaft als Erscheinung einer und derselben chronischen Krankheit vor sich zu gehen. Anders liegt die Sache bei uns. Die Fortschrittspartei hat ja noch nicht Gelegenheit gehabt, ihre Grundsätze auf den Regierungsbänken zu betheiligen; sie hat die Eifersucht der andern Parteien auf ihre Herrschaft nicht heraufbeschwören können. Ihre Niederlage ist die Vernichtung der von ihr vertretenen Ideen. Sie hat sich mit voller Schärfe in den Gegensatz gestellt zu der vom Reichskanzler vertretenen innern Politik; gegenüber den wirtschaftlichen Plänen der Regierung hat die Fortschrittspartei auf ihrem manchesterlichen Standpunkte verharret; der Fürsorge des Kaisers zur Beseitigung der Notlage in den arbeitenden Klassen hat die Fortschrittspartei lediglich die Interessen des Kapitalismus und der Börse in ihrer ganzen egoistischen Nacktheit entgegengesetzt. Diese Ideen haben in der Mehrheit der Nation durch die Wahlen ihre Abfertigung erfahren, nicht bloß dadurch, daß die Kandidaten des Fortschritts durchgefallen sind. Vielmehr ist der Zuwachs, den die Konservativen und namentlich die nationalliberale Partei erfahren hat, vorzugsweise dem Umstande zuzuschreiben, daß dieselben sich offen zu der Sozialpolitik der Regierung bekannt haben. Die nationalliberale Partei ist zurückgegangen, als sie — noch nicht ganz von der fortschrittlichen Haut befreit — jene Politik zu bekämpfen anfang, sie hat wieder Boden gewonnen in dem Augenblicke, in welchem sie sich jener Politik offen anschloß.

Wer im Leben eine die Existenz in Frage stellende Niederlage erleidet, pflegt als anständiger Mensch bei sich Einker zu halten und zu prüfen, ob dieser Mißerfolg nicht ein selbstverschuldeter sei, und die Erkenntnis hat dann eine größere Bescheidenheit im Gefolge. Man sollte dasselbe auch von der heutigen Fortschrittspartei erwarten. Die Reihe ihrer Mißerfolge hat durch die Wahlen einen solchen Abschluß gefunden, daß die Partei offen ihren Bankerott eingestehen sollte. Aber gerade das Umgekehrte ist der Fall; der Hochmut wächst mit der Niederlage; statt in sich die Schuld für dieselbe zu finden, werden viele andre, außerhalb liegende Gründe gesucht, und zu den letztern gehört als vornehmster das Anwachsen der Sozialdemokratie. Die Vermehrung derselben wird von den fortschrittlichen Organen als die Folge der von der Regierung eingehaltenen Politik geschildert.

Die Thatsache ist unleugbar: die Sozialdemokratie wird nicht nur ihre Mandate im Reichstage verdoppelt sehen, sondern darf auf ein Heer von Wählern zurückblicken, welchem alle Staatsmänner jedenfalls werden Beachtung zu schenken haben. Nun ist es gewiß unzweifelhaft, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft mit ihren Führer und Agitatoren in dem Umsturz der bestehenden Gesellschaft nicht übereinstimmen würde. Es ist ja natürlich, daß der Arbeiter lieber einem Kandidaten die Stimme giebt, der ihm gesellschaftlich näher steht, als einem Professor der anatomischen Pathologie. Auch ist aus allen Ständen die Zahl der Unzufriedenen groß genug, und diese pflegen stets mit der radikalsten Opposition, unbekümmert um deren Ziele, zu stimmen. Endlich kann man ja nicht bestreiten, daß gerade das Anwachsen der Sozialdemokratie die Reichsregierung zur Verfolgung der sozialpolitischen Pläne veranlaßt hat. Das sind alles Gründe, die zunächst ein Anwachsen der Sozialdemokratie erklärlich machen.

Die Wirkungen der gouvernementalen Sozialpolitik sind noch nicht für die Masse fühlbar. Erst wenn sich nach Jahren zeigen wird, daß der kranke oder von einem Unfall betroffene Arbeiter nicht mehr auf die Wohlthätigkeit anderer angewiesen ist, sondern seine Rente von Rechtswegen erhält, erst wenn der invalide Arbeiter seine Pension genießt — dann wird das Volk Gelegenheit haben, die praktische Fürsorge der Regierung mit den Fausaronnaden der Agitatoren zu vergleichen. Es ist aber auch besser, wenn solche Erscheinungen zutage treten, als wenn sie nur im Dunkeln und Geheimen fortglimmen. Die liberale Partei mit ihrem Mehrheitsprinzip ist am wenigsten berechtigt, sich über die Vermehrung sozialdemokratischer Abgeordneter zu beschweren. Es ist gerade das Zeichen einer weisen und vorsorglichen Politik, welche dieser Vermehrung Rechnung trägt und nicht die Gegner durch Niederkartätschen zu vernichten droht, sondern ihnen den Grund ihrer Unzufriedenheit zu entziehen sucht. Der erstere Weg ist vielleicht schneller, der letztere jedenfalls nachhaltiger und entspricht dem landesväterlichen Herzen, das auch noch für den Verirrten eine liebevolle

Regung hat. Die Sozialdemokratie hat, wie ihr Name schon besagt, zwei Ziele: soziale, und revolutionäre. Unter ihren sozialen Zielen befinden sich manche berechnete und schon die Mehrheit ihrer Stimmen verlangt, daß diesen berechtigten Wünschen Abhilfe gewährt werde. Mit den revolutionären Zielen giebt es freilich kein Faktiren. Aber an deren Beseitigung hat nicht minder die ganze bestehende Gesellschaft wie die Regierung ein Interesse.

Die sozialdemokratische Partei hat vor vielen andern den großen Vorzug der Offenheit; sie verbirgt nicht, was sie will. Sie will die ganze bestehende Gesellschaft umstürzen und sicherlich auch mit Gewalt, wenn und sobald sie dazu die Mittel hat. Mit einem solchen Gegner kann man rechnen. Ihm gegenüber erheischt schon die Selbsterhaltungspflicht, daß sich die andern zusammenschließen; allmählich wird auch dem bequemsten Philister und dem noch jetzt in fortschrittlicher Phrase befangenen klar werden, daß er um seines eignen Wohles willen mit der Regierung gegen diese revolutionären Elemente zusammenhalten muß. Für diese Einsicht bildet das Wachsen der Sozialdemokratie ein Mene-Tekel.

Den Vorzug dieser Offenheit hat die Fortschrittspartei jedenfalls nicht. Hinter ihren parlamentarischen Herrschaftsgelüsten verbirgt sich ebenfalls Republik und Revolution. Einige ihrer Kandidaten haben sogar aus ihren republikanischen Neigungen gar kein Fehl gemacht. Der weniger Eingeweihte merkt aber diese Gefahr nicht; er läßt sich von den heuchlerischen Phrasen täuschen, er glaubt den byzantinischen Deklamationen loyaler Gesinnung und fördert so unbewußt Ziele, die er erkannt verabscheuen würde.

Fortschritt und Sozialdemokratie führen beide zu dem gleichen Ziele des Umsturzes, ersterer maskirt, letztere mit roher Offenheit. Der Sieg des ersteren würde den deutschen Wähler in seinem Schlafe weiter bestärkt haben, das Wachsen der letzteren erweckt ihn zwar unsanft aus seinen Träumen und Lebensgewohnheiten, giebt ihm aber noch rechtzeitig die Möglichkeit, sich und die Gesellschaft zu retten. Deshalb ist jedenfalls das Anwachsen der Sozialdemokratie viel weniger gefährlich als das des Fortschritts.

Selten noch hat das Ergebnis von Wahlen auch ohne Zustandekommen einer festen Mehrheit so klare Blicke in die Zukunft eröffnet. Wer sich jetzt noch blenden läßt, der darf sich nicht beklagen, wenn er in den offenen Abgrund stürzt.

